GELD FÜR KOHLENSTOFF?

Klimaschutz als neues Geschäftsmodell in der Forstwirtschaft

In der deutschen Waldpolitik macht eine neue Idee die Runde: WaldeigentümerInnen möchten gerne, dass man ihnen für die Arbeit, die Waldbäume leisten, 220 Euro pro Hektar bezahlt. Bei 11,4 Millionen Hektar Waldfläche müsste die Gesellschaft also etwa 2,5 Milliarden Euro pro Jahr aufwenden. Doch wofür eigentlich?

Max von Elverfeldt, Vorsitzender der Familienbetriebe Land und Forst sagt: „Mit der Bewirtschaftung und Pflege des Waldes erbringt der Waldbauer eine Klimaleistung für die Gesellschaft, die bislang für die Allgemeinheit umsonst war und seit jeher als selbstverständlich wahrgenommen wird.". Das Klimapaket der Bundesregierung sehe nun vor, dass diejenigen bezahlen müssen, die CO_2 emittieren. Somit sei die logische Konsequenz, dass diejenigen honoriert werden, die CO_2 binden. „Nur damit kann die Bewirtschaftung des Waldes und damit die Sicherung der wichtigen CO_2-Senke Wald dauerhaft gewährleistet werden."

Kohlenstoff-Speicherung als neues Geschäftsmodell

Man muss dem Zeitgeist folgen. Klimaschutz wurde 2018 und vor allem 2019 zum gesellschaftlich wichtigen Thema, während zur selben Zeit vor allem viele Fichtenforste die Hitze und Dürresommer nicht überlebten. Die Gesamtfläche abgestorbener Bäume wird auf etwa eine Viertelmillion

László Maráz

Hektar beziffert. Das entspricht zwar nur gut zwei Prozent der Gesamtwaldfläche, weil aber auch in Nachbarländern wie der Tschechischen Republik massenweise Holz abgestorbener Fichten den Markt überflutet, sind die Holzpreise so niedrig, dass die wichtigste Einnahmequelle weitgehend versiegt ist. In der Not freut man sich schon, wenn Nadelholz in Seecontainern nach China exportiert wird und ein paar Euro Gewinn abwirft.

Gut 90 Prozent der Einnahmen von Forstbetrieben stammen aus dem Holzverkauf. Das macht die Abhängigkeit vom Holzverkauf deutlich. Holz, eigentlich ein wertvoller und vielseitig verwendbarer Rohstoff, wird eher schlecht bezahlt. Das liegt nicht zuletzt an hausgemachten Problemen der hiesigen Forstwirtschaft, die viel zu lange auf Fichten und Kiefern gesetzt hat, und hier überwiegend auf preisgünstige Massenware. International ist man damit längst nicht mehr konkurrenzfähig, denn mit billiger Massenware kann sich die Industrie auch aus den riesigen Holzplantagen versorgen, die mit maschinell betriebenem Massenanbau schnellwachsender Holzarten weitaus naturferner arbeiten, als dies in deutschen Plantagenforsten der Fall ist. Auch drückt die billige Konkurrenz aus teilweise illegalem Raubbau die Preise. Zum anderen lassen sich viele Produkte einfacher und billiger aus umweltschädlicheren Rohstoffen herstellen.

Da käme eine Flächenprämie gerade recht. Im deutschen Forst wachsen jährlich im Durchschnitt mehr als acht Kubikmeter Holz pro Hektar. Ein Kubikmeter Frischholz besteht im Durchschnitt aus etwa 500 Kilo Trockenmasse (Fichte und Kiefern etwa 450, Buche und Eiche etwa 670), der Rest ist Wasser. Die Holzsubstanz besteht wiederum etwa zur Hälfte aus Kohlenstoff. Um 250 Kilo Kohlenstoff zu binden, entnimmt der Baum der Atmosphäre etwa das 3,7-fache an CO_2. Womit wir grob gerechnet bei einer Tonne CO_2 pro Kubikmeter Holz wären. Bei einem CO_2-Preis von 25 Euro pro Tonne und 8,8 Kubikmetern Holzzuwachs pro Jahr und Hektar wären somit die 220 Euro zu berappen.

Inzwischen wird der Vorschlag ernsthaft diskutiert. In einigen Bundesländern haben sich PolitikerInnen dafür ausgesprochen, den geplagten WaldbesitzerInnen finanziell zu helfen. Die finanziellen Schäden durch Hitze und Dürre, sowie die Fernsehbilder von großflächig abgestorbenen Fichtenforsten hatten zwar schon Hilfen legitimiert, beispielsweise für den Abtransport geschädigter Bäume, für Neupflanzungen oder für den Zaunbau. Da dieses Geld aber nicht für die Behebung aller Schäden reichen wird, soll die Valorisierung der Speicherung von Kohlenstoff weitere Einnahmen bringen. Einige WaldeigentümerInnen haben sich sogar ein „Druckmittel“ ausgedacht: Wenn die Gesellschaft ihre Arbeit nicht unterstützen würde, verlören viele das Interesse an der aufwändigen Waldbewirtschaftung und ließen das Gehölz einfach liegen.

Wer soll eigentlich wofür bezahlt werden?

Hier wird ein grundlegendes Problem sichtbar: Waldbäume werden nicht in Baumschulen dazu ausgebildet, Kohlenstoff aus der Atmosphäre zu speichern. Diese Erfindung ist einige Hundert Millionen Jahre älter als der Homo sapiens. Würden WaldbesitzerInnen ihre Arbeit einstellen, würden die Bäume also einfach weiterwachsen und noch mehr Kohlenstoff einlagern. So belehrte Dr. Peter Elsasser vom Thünen-Institut dann auch die WaldeigentümerInnen bei einer Diskussionsveranstaltung darüber, dass auf dem Markt nur für solche Güter und Dienstleistungen Geld verlangt werden kann, von deren Nutzung man die NutzerInnen ausschließen könne. Für Holz trifft das zu, denn das muss man kaufen. Wächst Wald einfach weiter, kann niemand verhindern, dass der Nutzen dieses Wachstums allen zugutekommt.

Die Rechnung ist aber auch aus anderen Gründen nicht so einfach. Verschwiegen wird auch, dass dem Wald derzeit etwa genauso viel Holz entnommen wird, wie jährlich nachwächst. Die Honorierung einer Speicherleistung kann aber nur dann gerechtfertigt sein, wenn der Speicher weiter gefüllt wird. Ein entsprechender Vorschlag einer Waldvision von Greenpeace, Wälder für einige Jahrzehnte weniger intensiv zu nutzen, damit sie mehr Holzvorräte einlagern und dauerhaft speichern, wurde noch vor wenigen Jahren als weltfremd abgekanzelt. Ein Grund: Dafür hätte man ja teilweise auf den Holzverkauf und die Einnahmen daraus verzichten müssen. Das soll mit dem aktuellen Vorschlag aber nicht passieren: Man will lieber das Holz verkaufen und parallel dazu Zusatzeinnahmen realisieren.

Wenn es um die Speicherung von Kohlenstoff geht, müssen weitere Fragen geklärt werden. Was passiert, wenn Wälder absterben? Müssten dann WaldeigentümerInnen nicht Geld für die Emissionen bezahlen? Und warum erhalten LandwirtInnen dann nicht auch Geld dafür, dass Weizen oder Mais wachsen und jährlich viele Tonnen Kohlenstoff speichern? Überhaupt: Warum soll jemand Geld dafür erhalten, dass er weiterhin dasselbe tut, was

er immer schon getan hat, nämlich Bäume anbauen, um sie zu verkaufen?

Leistungen gehören honoriert – aber richtig

Dabei gäbe es durchaus Gründe und auch Modelle dafür, Mehraufwendungen und Leistungen zu honorieren, die WaldeigentümerInnen für die Allgemeinheit erzielen (können). Wenn sie beispielsweise Ökosystemleistungen erbringen, die nicht selbstverständlich sind, wie zum Beispiel der Erhalt besonders vieler Biotopbäume. Der Nutzen daraus, die höhere Biodiversität, käme uns allen zugute, und die Honorierung würde den Verlust ersetzen, der durch den Verzicht auf den Holzverkauf zweifellos entstünde. Doch auch solche Vorschläge wurden in der Vergangenheit strikt abgelehnt und sogar bekämpft. Wie bei dem Vorschlag einer „Guten fachlichen Praxis in der Forstwirtschaft", bei der mithilfe von 17 Kriterien ein Mindestmaß an qualitativ hochwertiger Waldbewirtschaftung definiert werden sollte.[1] Ein solcher Kriterienkatalog könnte eine Messlatte dafür sein, denjenigen WaldbesitzerInnen Geld dafür zu geben, die besonders ökologisch und schonend wirtschaften. Es wäre ein Ausgleich für Mehraufwendungen und Mindereinnahmen. Die Ablehnung erfolgte vor allem, weil man auch damals einfach nur Geld abgreifen wollte. Rechenschaft darüber, ob und wie gut die honorierten Leistungen auch tatsächlich erbracht werden, mochte man nicht ablegen.

Die Forstwirtschaft orientiert sich momentan praktisch nur am Holzertrag. Viele Wälder sehen auch so aus. Schnellwachsende, oft an den Standort nicht angepasste Baumarten, Maschineneinsatz mit entsprechenden Bodenschäden und Personalknappheit, sowie das ständige Betteln um Steuergelder kennzeichnen eine Branche, der es trotz dem allgegenwärtigen Vorrang der Wirtschaftsinteressen nicht gutgeht. Die oft beschworene, aber zu selten umgesetzte Multifunktionalität, bei der Wirtschaftswälder neben Holz auch Biodiversität, Trinkwasser, Lärmschutz und Erholungsleistungen nebeneinander erbringen sollen, würde neben Holz jetzt noch auf die Speicherung von Kohlenstoff und damit auf möglichst schnellwachsende Baumarten ausgerichtet. Während bei der Holzerzeugung immerhin noch die Produktion hochwertiger Holzsortimente wie Furnierholz, Bau- und Möbelholz einen höheren Preis erzielt, wäre bei der Ausrichtung alleine an der Holzmasse ein weiterer Qualitätsverlust zu befürchten. Statt alter, hochwertiger Bäume würde ein billiges Massensortiment honoriert, und das ohne Qualitätsanspruch an eine wirklich multifunktionale Waldnutzung.

Die Alternative erfordert Arbeit und ein Umdenken, das dann aber auch durch die Gesellschaft finanziell unterstützt werden sollte. Bevor wir Geld fürs Nichtstun bezahlen, sollten wir die bisher unentgeltliche Arbeit derjenigen bezahlen, die tatsächlich viel Mühe und Engagement für andere gesellschaftlich wichtige Arbeiten leisten. Dazu gehört die Pflege von kranken und alten Menschen, die im Übrigen vor allem von Frauen geleistet wird. Wälder hingegen brauchen keine Pflege, es sei denn, es handelt sich um anfällige, labile Kunstforsten.

László Maráz

Der Autor koordiniert die Plattform Wald im Forum Umwelt und Entwicklung.

László Maráz

1 Georg Winkel und Karl-Reinhardt Volz (2003): Naturschutz und Forstwirtschaft: Kriterienkatalog zur „Guten fachlichen Praxis". Angewandte Landschaftsökologie, Heft 52. Bonn, Bundesamt für Naturschutz.

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung 2/2020

AUTOKORREKTUR

EINE SCHLÜSSELBRANCHE HAT SICH VERFAHREN

DIE AUTOINDUSTRIE – TOO BIG TO FAIL?
Und was macht die Gewerkschaft?
› Seite 8

GAME-CHANGER TESLA
Düstere Aussichten für die deutschen Autobauer
› Seite 14

INS ABSEITS LOBBYIERT
Warum und wie sich die Autoindustrie selbst schadet
› Seite 17

NACHHALTIGE MOBILITÄT IN STÄDTEN
Hebel für die urbane Transformation im Globalen Süden
› Seite 31

ISSN 1864-0982